

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpf. Bei Abdruck von Anzeigen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 56

Altensteig Di nstag den 9. März

1926

## Die Ratsitzung am Montag

Zusammentritt des Völkerbundsrates

Genf, 8. März. Die 39. Ratsitzung wurde Montag vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten Ibihi-Japan mit einer nichtöffentlichen Sitzung eröffnet. Der Rat setzte seine Tagesordnung fest, deren wichtigster Punkt der Aufnahmeantrag Deutschlands ist und fasste einige Beschlüsse über administrative Fragen. Die Sitzung dauerte dreiviertel Stunden. In einer anschließenden Geheim Sitzung, an der nur die Ratsdelegierten selbst teilnahmen, wurde dann in die Erörterung der durch den Aufnahmeantrag Deutschlands aufgeworfenen Fragen eingetreten.

Über diese Geheim Sitzung des Rates, die um 12.45 Uhr zu Ende ging, ist keine amtliche Mitteilung ausgegeben worden. Von zuverlässiger Seite verlautet jedoch, daß Chamberlain, Scialoja und Vandervelde die übrigen Ratsmitglieder von den gestrigen Besprechungen mit den deutschen Delegierten unterrichtet haben. In Anbetracht dessen wurde das Verfahren über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund besprochen. Es wurde dabei besonders auf einen Abjag im Artikel 1 des Völkerbundsstatutes Bezug genommen, der die Frage behandelt, ob die militärischen Verhältnisse eines Staates bei seinem Eintritt in den Völkerbund den Bestimmungen bestehender internationaler Abkommen entsprechen. Am im Falle Deutschlands diese Frage zu entscheiden, wird der Völkerbundsrat wie feinerzeit bei der Aufnahme Bulgariens, Oesterreichs und Ungarns das Gutachten des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes einholen, der sich feinerzeit von Abgabe seines Urteiles an die Ratskonferenz wenden wird.

Die Neutralen für Deutschlands Standpunkt

Genf, 8. März. In neutralen Völkerbundskreisen wird die Situation Deutschlands am Montag verhältnismäßig günstig beurteilt. Man weist darauf hin, daß Deutschland wenn es fest bleibe, seinen Standpunkt durchsetzen könne. Der deutsche Standpunkt wird von allen neutralen Staaten geteilt. Auch die Vertreter der englischen Dominions haben sich nach ihrer Ankunft in Genf für ihn ausgesprochen. In deutschen Delegationskreisen wird die Situation auch wie vor als sehr ernst bezeichnet.

Stimmungsmache gegen Deutschland

Genf, 8. März. Bezeichnend für die starke Stimmungsmache in Völkerbundskreisen ist das Montag vormittag von französischer und polnischer Seite verbreitete Gerücht, eine Entscheidung in der Ratsfrage sei am Sonntag bereits gefallen. Es wird behauptet, daß Deutschland der Zuteilung eines ständigen Ratsplatzes an Spanien bereits gestimmt habe und daß der freiwerdende nichtständige Sitz Polen zufallen werde. Es erübrigt sich fast, auf diese durchsichtigen Manöver einzugehen. Von Seiten der deutschen Delegation ist am Sonntag mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß bisher kein Beschluß gefaßt worden sei und daß die deutsche Delegation unverändert an dem vom Reichkanzler in Hamburg vertretenen Standpunkte festhalte.

Beschließung der Aufnahme Deutschlands um einige Tage

Genf, 8. März. Nach der Sonntags-Konferenz der Vorkonferenzen empfing Chamberlain die englische Presse. In seinen Ausführungen erinnerte er an die Auseinandersetzungen der englischen Presse in den letzten Tagen. Der Standpunkt, den die englische Delegation in Genf einzunehmen habe, sei vom Ministerpräsidenten Baldwin und ihm selbst im englischen Unterhaus ausreichend dargelegt worden. Er wies darauf hin, da er selbst bereits vor 14 Tagen den Vorschlag gemacht habe, vor Beginn der Völkerbundsversammlung eine vertrauliche Besprechung in Genf abzuhalten. Man habe sich am Sonntag nachmittag, wie in Locarno, ungewollt unterhalten und Zweifel und Mißtrauen hätten völlig aufgeklärt werden können. Chamberlain erklärte, er sei leider nicht in der Lage, ausführliche Angaben über die Zusammenkunft zu machen. Er könne aber die Erklärung abgeben, daß die Unterhaltung nicht beendet sei, sondern in den nächsten Tagen fortgesetzt werden würde. Das Ziel, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, müsse ohne scharfe Diskussion und ohne Streitigkeiten erreicht werden. Wenn man die Aufnahme Deutschlands um einen oder zwei Tage verschiebe, so erweise dies im Hinblick auf die Bedeutung des deutschen Eintritts berechtigt.

## Eröffnung der Völkerbundstagung

Genf, 8. März. Die feierliche Eröffnung der Völkerbundsversammlung des Völkerbundes erragte diesem nicht das gewohnte Interesse, da die großen Tage erst kommen sollen. Immerhin hatte sich eine Schaar von Kongressisten vor dem Hotel Victoria eingefunden, durch das der Zugang zum Reformationsaal führt. Die Tribünen waren fast besetzt, daneben waren die Delegationskanzeln besetzt. Einzelne Staaten hatten nur einen oder

zwei Vertreter entsandt. Von der deutschen Delegation war nur Generalkonsul Bismann erschienen, der hinter den Delegationsbänken im Parkett seinen Platz hatte. Andererseits waren diejenigen Regierungen, die Anspruch auf einen Ratsplatz erheben, wie beispielsweise die brasilianische, spanische, polnische und holländische Regierung, durch einen großen Stab von Mitarbeitern vertreten. Vor Beginn der Sitzung fand ein lebhafter Meinungsaustrausch zwischen den einzelnen Delegierten statt. Auf der französischen Bank bemerkte man Paul Boncour und Loucheur, auf den englischen Plätzen Chamberlain und Sir Cecil, sowie den englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst.

In seiner Eigenschaft als Ratspräsident eröffnete 3.20 Uhr das japanische Kommissar Baron Ibihi die außerordentliche Völkerbundsversammlung, die über den Antrag Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerbund zu befinden hat. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte er an den Aufnahmeantrag, den Deutschland am 9. Februar 1926 an den Völkerbund gerichtet hat und betonte, daß die außerordentliche Versammlung in der sehr kurzen Frist von kaum einem Monat nach Eintreffen des Antrages Deutschlands abgehalten wird. Baron Ibihi erklärte dann wörtlich, u. a.: „Das Ereignis, das uns hier versammelt hat, ist von der höchsten Bedeutung. Eine große Nation stellt sich ein, um in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Ich erlaube mir, in diesem Anlaß ein Anzeichen dafür zu geben, daß die Verpflichtungen, die die Mittelliedstaaten des Völkerbundes unter sich verbinden, solange sie selbst unvollkommen im Geiste der internationalen Gerechtigkeit, von dem sie befreit sind, angewendet werden, immer mehr die Hoffnungen wecken und immer mehr auf das Gewissen der ganzen Welt wirken werden.“ Darauf erklärte Baron Ibihi die Versammlung unter dem Vorsitz der Delegierten für eröffnet.

Die Völkerbundsversammlung wählte mit 36 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Alvaro de Costa zu ihrem Präsidenten. Der neu gewählte Präsident dankte darauf in einer kurzen Ansprache im Namen seines Landes und in seinem eigenen Namen für seine Wahl. Er würdigte dann in großen Zügen das Vertragswerk von Locarno und den in ihm verkörperten neuen Geist, mit dessen Hilfe künftig an Stelle von Gewalt die Vernunft und anstelle der Konflikte die Verständigung herrschen soll. Er erinnerte ferner an ein Wort Chamberlains, wonach der Vertrag von Locarno der Erhaltung des Weltfriedens dienen werde und erbot allen, die zum Gelingen des großen Vertragswerkes beitragen haben, die würdigen Grüße der Versammlung. Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungsansprache trat dann die Versammlung um 4.30 Uhr wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Kandidaturen entgegen. Nach diesem Bericht, die außerordentliche Völkerbundsversammlung von 48 Mittelliedstaaten besteht, während die übrigen 7 Mittelliedstaaten keine Delegierte entsandt haben.

## Die französische Regierungskrise

Briand, der zunächst durch Boncour und Loucheur in der Völkerbundsversammlung vertreten wird, ist am Sonntag, abend von Genf nach Paris zurückgekehrt und dürfte erst wieder am Dienstag dort eintreffen. Alle französischen Blätter erwarten eine schnelle Lösung der Krise. Für alle Fälle scheint es sicher zu sein, daß Briand das Außenministerium erhalten wird. Verschiedene Anzeichen weisen darauf hin, daß zunächst Caillaux mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt werden wird. In diesem Fall wird Briand das Außenministerium beibehalten. Nach Ansicht politischer Kreise würde Caillaux versuchen, sich die Unterstützung der konservativen Opposition in der Kammer zu sichern. Die Ansichten Caillaux über die Finanzlage und die zu ergreifenden Maßnahmen hatten sich in den letzten Monaten seit seinem Sturz nicht geändert. Nach wie vor trete er für die Bildung eines Tilgungsfonds ein, der die Abtragung der Kriegsanleihen in den nächsten zwanzig Jahren ermöglichen soll. Die nötigen Mittel sollen durch eine zehnprozentige Erhöhung der gegenwärtigen Einkommensteuer aufgebracht werden, wobei auch die französischen Staatsanleihen mit einbezogen sein sollen. Die deutschen Zahlungen auf Grund des Dawes-Planes sollen zur Rückzahlung der französischen Schulden an Amerika und England dienen. Caillaux ist ferner bereit, eine neue Vermehrung des Notenumlaufs vorzunehmen, nachdem für den Notenumlauf und für die Währungsreform eine gemeinsame Höchstgrenze festgelegt ist.

Die bisher von der Kammer bewilligten Steuern und Einnahmen belaufen sich auf 3,5 Milliarden Franken, die aus den sogenannten Voucher-Steuern, die am 4. Dezember beschlossen wurden, herrühren. Die Bedürfnisse des Schatzkammers für die kommenden Fälligkeitstermine belaufen sich aber bereits auf drei Milliarden Franken.

Im „Matin“ nimmt Sauerwein zu der Krise Stellung und meint, daß sie unbedingt bis Mittwoch gelöst werden müsse, da Frankreich einen Außenminister nach Genf schicken müsse, der fähig sei, die Katastrophe zu vermeiden: das sei nur Briand.

Vorbereitungen Doumergues zur Frage der Regierungs-Bildung.

Paris, 8. März. Der Präsident der Republik hat heute nachmittag nach üblichem Brauch nacheinander die Vorsitzenden und Berichterstatter der Finanzausschüsse der Kammer und des Senats empfangen, um mit ihnen, da das Ministerium über die Finanzfrage stürzte, zu verhandeln. Wie Havas erklärt, ist man allgemein der Ansicht, daß man angesichts der Tagung des Völkerbundes raschestens zur Lösung der Krise gelangen müsse. Um das zu erreichen, halte man es für wünschenswert, Briand als Ministerpräsidenten beizubehalten, der, wie man glaubt, die meisten seiner ehemaligen Mitarbeiter in sein Kabinett aufnehmen könnte. Nur einen Nachfolger für den Finanzminister müßte er finden. Hierfür würden besonders zwei Politiker, nämlich Caillaux und Raoul Peret, genannt. Die endgültige Entscheidung werde jedoch frühestens heute abend getroffen werden.

Vor heute Dienstag nachmittag wird nach Havas der Präsident der Republik nicht die Persönlichkeit berufen, der er die Kabinettsbildung anzuvertrauen gedenkt.

## Deutscher Reichstag

Der Haushalt des Finanzministers

Berlin, 8. März

Auf der Tagesordnung am Montag stand die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministers. Verbunden damit ist der Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage. Ferner sind mit zur Beratung gestellt drei Interpellationen und 33 Anträge aller Parteien, die Abänderungsvorschläge zu den Steuerentwürfen enthalten und Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftslage fordern.

Hr. Reil (Soz.) Es sei ein billiges Bemühen, nach der Finanzverwaltung mit Steuern zu werfen. Die Steuerbeamten tun nur ihre Pflicht, wenn sie die Gehebe zur Durchführung bringen. Ein Personalabbau bei der Finanzverwaltung sei nicht möglich für die Einschätzung des Vermögens geschehe offenbar zu wenig. Von der gesamten Lohnsteuer entfallen 82 Prozent auf Einkommen bis zu 5000 Mk. Der landwirtschaftliche Grundbesitz erzielt angeblich keinen Gewinn. Seine Steuerfreiheit beruhe auf seinen Bilanzierungsgünstigkeiten. Der Redner fordert Offenlegung der Steuerlisten. Wer seien diesen Antrag sei, der unterstütze die Steuerdrückberner. Der Redner fordert Durchführung des Wohnungsbauprogramms, stimmt der Herabsetzung der Umsatzsteuer und der Beseitigung der Luxussteuer zu und fordert mehr Stetigkeit im Steuerwesen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold stellt fest, daß das Gesetz über Steuerermäßigungen sich nur in seine Einzelteile zerlegen ließe. Eine Abweichung sei nur insofern vorhanden, als die Regierung sich nicht entschlossen hat, die Luxussteuer vollständig aufzuheben, weil auch ihre teilweise Aufrechterhaltung als Besteuerung deutscher Qualitätsarbeit wirken würde. Die Steuerentwürfen stehen im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen. Dieser Weg zur Erspare geht über die Arbeitsverteilung und über die Verwaltungsreform. Die Steuerentwürfen sind wohl überlegt und nicht ein Sprung ins Dunkle, wie der Abgeordnete Berg erklärt hat. Eine weitere Voraussetzung für die Steuerentwürfe ist es, daß wir die Ausgaben des außerordentlichen Etats, die für die Zukunft bestimmt sind, auf Anleihe nehmen. Die Anträge auf Senkung anderer Steuern werden sich nicht durchführen lassen. Die Widerstände wären nicht möglich gewesen, ohne die vorläufige Steuerpolitik des letzten Sommers (Hört, hört rechts.)

Hr. Dr. Oberfohren (Dn.) weist auf den ungewöhnlich komplizierten Apparat der Finanzverwaltung hin. Das deutsche Reichswesen koste mit allen seinen Ausgaben nur 28 Millionen mehr als die Finanzverwaltung. (Hört, hört.) Für das Braunkohlenmonopol müsse der Grundbesitz gelten, daß nicht in erster Linie Branntwein, sondern Futtermittel ersetzt werden müssen. Wir brauchen eine organische Reform der Steuerentwürfe mit dem Blick aufs Ganze. (Beifall rechts.) Der Redner billigt die Aufhebung der Luxussteuer, rät aber an, statt der Senkung der Umsatzsteuer den Abbau der Hauszinssteuer vorzunehmen. Die Hauszinssteuer sei eine unsoziale, geradezu gemeindefähliche Steuer. Notwendig wäre auch eine Ermäßigung der direkten Steuern im Interesse der Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwidert, er habe ein schwieriges Werk übernommen und könnte nur die Maßnahmen vorschlagen, die die Notlage der Wirtschaft erfordere. Andere Senkungen direkter Steuern als vorstehend sind jetzt nicht möglich. Der Minister verwahrt sich dann entschieden gegen den Vorwurf der Rechten, er sei Parteiminister.

Hr. Brünning (Ztr.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß die wesentlichen Bestimmungen der letzten Steuerreform, die nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von großen Oppositionsparteien gebilligt worden sind, möglichst ein Jahrzehnt in Kraft bleiben.



# Aus Stadt und Land.

Mittwoch, den 9. März 1926.

**Das Saispiel der Schwäbischen Bilderbühne** erstreckte sich hier eines sehr zahlreichen Besuches. Der Film über die Wunder der Wildnis war hochinteressant und fesselte alle Zuschauer, denen ein Bild in das Innere Afrikas mit den seltenen Tieren und den Wundern der Natur tatsächlich gegeben wurde. An diese Bilder schloß sich ein Saispiel, das nicht überliefert war und zum Schluß ein humoristischer Film mit allen denkbaren und undenkbarsten tollen Streichen, ein Stück, das besonders geeignet war, die Lustmuskeln der Jugend in Tätigkeit zu setzen.

**Deutscher Abend.** Die hiesige Ortsgruppe der deutsch-völkischen Jugend veranstaltete am letzten Sonntag im „Grünen Baum“ hier einen deutschen Abend. Wie der Jugendführer in seiner Begrüßungsansprache ausführte, soll diese Veranstaltung nicht zur Verbreitung der gegenwärtig so sehr beklagten Festscheue dienen, sondern für die Ziele der deutsch-völkischen Jugend, für den deutschen Gedanken, werden. Der als Redner gewonnene Landtagsabgeordnete Pfarrer Dr. Steger unterstrich diese Ausführungen und gedachte sodann der von der Heimat abgetrennten Volksgenossen, die auf die Stunde der Befreiung warten. Wenn unsere Jugend heute ein Werbestück halte, so sei ihr das nicht zu verdenken, denn auf sie müssen wir unsere Hoffnungen setzen, und nicht auf die verschleierten Internationalen, die uns schon so oft getäuscht haben. Wir müssen uns, da auf Allen Not und Druck laßt, unter Ueberwindung der vorhandenen Gegensätze zu einer Volksgemeinschaft zusammenschließen und dürfen im Glauben an eine Vorkehrung der Zukunft des deutschen Volkes nicht verzweifeln, denn in ihm liegen edle und herrliche Kräfte, die es zu seinem Wiederaufstieg befähigen. Die großen Männer in der deutschen Geschichte, Friedrich der Große, Luther, Bismarck usw., haben wir uns als Vorbild zu nehmen. Den unsere Zeit beherrschenden materialistischen und egoistischen Geist gilt es zu bekämpfen, an seine Stelle hat der Gedanke der Volksgemeinschaft zu treten. Alle deutsche Treue und Kameradschaft sind wieder zu üben und jeder hat zu lernen für das Ganze zu arbeiten. — Der reiche Beifall zeigte, wie sehr die trefflichen Ausführungen geachtet wurden. — Das dann folgende Schauspiel „Freiheit“ spielt in den schweren Tagen der Ruhrbesetzung durch die Franzosen. Darin kam es so richtig zum Ausdruck, was es heißt, wechlos und uneinig seinen Feinden preisgegeben zu sein. Die so ritterlichen Franzosen werden gezeigt, ganz wie sie in Wirklichkeit sind: brutal, jadislich, gemein. Ihre Gewalttätigkeiten und Intrigen öffnen auch den verheerten Volksgenossen die Augen und bringen ihnen zum Bewußtsein, daß auch der einzelne darunter zu leiden hat, wenn es seinem Volke schlecht geht. Das Stück wurde sehr gut gespielt und hinterließ einen tiefen Eindruck. Mehrere zweckentsprechende Musikstücke belebten den Abend und trugen dazu bei, ihm einen würdigen Verlauf zu geben. Möge dieser Abend der Jugendgruppe ein neuer Ansporn zu kräftiger Weiterarbeit sein.

**Nichtlinien für das Eintragungsverfahren beim Volksbegehren.** Im Interesse einer raschen und zuverlässigen Ermittlung des Gesamtergebnisses des Eintragungsvorganges beim Volksbegehren hat der Reichsminister des Innern durch Rundschreiben an die Landesregierungen Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen den Gemeindebehörden, den Wahlmännern und dem Reichswahlleiter herausgegeben. Die Abschlußarbeiten der Gemeinden sollen so beschleunigt werden, daß die Abstimmungsleiter am Abend des 20. März, bei Gemeinden mit nachträglicher Prüfung des Eintragungsergebnisses spätestens am 22. März im Beisein der Wahlmänner und der Eintragungswahlmänner sind. Die Abstimmungsleiter stellen ein vorläufiges Ergebnis für ihren ganzen Reichstagswahlkreis zusammen und teilen dieses spätestens am 24. März dem Reichswahlleiter mit. In die Ermittlung des vorläufigen Ergebnisses schließt sich die Feststellung des endgültigen Eintragungsergebnisses an, gegliedert nach unteren Verwaltungsbezirken und Gemeinden. Die Abstimmungsleiter der Reichstagswahlkreise sollen spätestens am 8. April die endgültige Zahl der im Wahlkreise abgegebenen Unterschriften feststellen. Hieraus wird der Reichswahlwahlleiter das Eintragungsergebnis für das ganze Reich ermitteln. Mit der Veröffentlichung des vorläufigen Ergebnisses ist also voraussichtlich am 25. März, des endgültigen Ergebnisses etwa am 11. April zu rechnen.

**Aufruf des Kirchenpräsidenten für den Diakonissenberuf.** Am Schluß des Hauptgottesdienstes am letzten Sonntag wurde von den evang. Kanzeln unseres Landes ein Aufruf des Kirchenpräsidenten D. D. v. Metz verlesen, worin er mit warmen Worten den Glaubensgenossen den schmerzlichen Mangel an Diakonissen und der weiblichen Jugend den hohen Wert dieses Berufes im Dienst der christlichen Liebestätigkeit ans Herz legt. Es heißt darin u. a.: „Die Notzeit, in der unser deutsches Volk steht, füllt die Krankenhäuser, läßt in Stadt und Land ungezählte Kranke, Greisliche, Betagte nach Pflege und Zuspruch seufzen, macht, wo die Mutter es nicht kann, die Kinder der Fürsorge und Aufsicht bedürftig, hat aber auch unter der Jugend in Stadt und Land vielfach das Verlangen geweckt nach Sammlung und Gottes Wort und Zusammenschluß mit Gleichgesinnten in Vereinen, die zu pflegen und zu fördern eine losende Aufgabe für gereizte Christen und Christinnen ist. Diesem Dienst widmen sich die Schwesternschaften unserer Diakonissenmutterhäuser unermüdet und mit vielseitiger Hingabe. Aber die Zahl der vorhandenen

Schwestern, so erfreulich groß sie ist, reicht nicht zu, allen Bitten um Entsendung einer Hilfe in Gemeinden, Familien und Anstalten zu entsprechen“. Daher legt der Kirchenpräsident allen Gliedern der evang. weiblichen Jugend, die vom Geiste Christi berührt sind, nahe, sich zu prüfen, ob nicht auch an sie der innere Ruf ertönt, den hilfsbedürftigen Brüdern und Schwestern, unsern Gemeinden und unserm Volke als Diakonissen zu dienen. Zu näherer Auskunft sind die Diakonissen sowie die Diakonissenhäuser in Stuttgart und Hall, das Mutterhaus der Diakonissen in Stuttgart und des Herrenberger Schwesternverbandes sowie die Pfarrämter bereit. Mit einem Segenswunsch für alle, die sich diesem Dienst weihen, schließt der zeitgemäße Aufruf.

**Hagelversicherung.** Der württembergische Staat hat nach einem Erlaß des Ernährungsministeriums mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin eine Vereinbarung getroffen, derzufolge die Gesellschaft verpflichtet ist, alle württembergischen Landwirte gegen Zahlung eines Zuschlags zur Vorpämie unter Ausschluß jeder Rückschuldpflicht zu fester Prämie gegen Hagelschaden zu versichern. Während dieser Zuschlag im übrigen Geschäftsgebiet der Gesellschaft 100 Prozent beträgt, ist er für die württembergischen Versicherten im Jahre 1923 auf 90 Prozent und für 1924 weiter auf 76 Prozent herabgesetzt worden. Diese Herabsetzung ist dadurch erreicht worden, daß der Staat die Verpflichtung zur Leistung eines entsprechenden Beitrags an die Gesellschaft übernommen hat. Im Jahr 1924 hatten die württembergischen Versicherten einen Zuschlag von 150 Prozent, im Jahr 1923 einen Zuschlag zur Vorpämie von 100, im Jahr 1922 von 100 Prozent zu entrichten. Die Versicherungsbedingungen sind also mit Unterstützung des Staats für die württembergischen Landwirte ganz wesentlich erleichtert worden. Der württ. Staat hat sich ferner das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der württembergischen Prämientabelle und des Einflusses in die gesamte Geschäftsführung der Gesellschaft ausbedungen. Angesichts dieser Vergünstigungen für die württembergischen Landwirte muß erwartet werden, daß von der Möglichkeit des Versicherungsschlusses gegen Hagelschaden wieder in umfassendem Maße Gebrauch gemacht wird.

**Freudenstadt, 8. März. (Beerdigung.)** Unter ganz außerordentlich großer Beteiligung fand am Samstag die Beerdigung des im 46. Lebensjahr an einer Lungenentzündung so schnell dahingegangenen Juweliers Hermann K. statt, der sich allgemeiner Verehrung erfreute, die bei seinem Heimgang und bei seiner Beerdigung ergreifenden Ausdruck fand. Besonders ist er als Sänger hervorgetreten und zwar im Kirchenchor, als Leiter desselben, im Schühnquartett, im Doppelquartett, im Liederkreis und der Liedertafel, als Gauvorstand des Kniebisgaus, dessen Gründer er war. Hunderte von Sängern gaben ihm das Geleite zur letzten Ruhestätte, denn zahlreiche Vereine des Bezirkes waren zur Beerdigung des Gauvorstands erschienen. Aus den zahlreichen Nachrufen ging hervor, wie sehr sich der so früh Entschlafene allgemeiner Beliebtheit und großer Verehrung erfreute.

**Horb, 7. März. (Selbstmord — Hochwasser.)** Ein Epitaph, der im vorigen Jahre bei einem Selbstmordversuch aus dem Redar gerettet wurde, sprang gestern aus einem Fenster der zweiten Stockes im Spital und trug Verletzungen davon, denen er nach einigen Stunden erlag. — Seit heute mittag ist der Redar stark über die Ufer getreten.

**Herrenalb, 4. März.** Die Gemeinderatswahl muß hier nochmals vorgenommen werden, sie ist auf Sonntag, 14. März, anberaumt. Gültige Wahlvorschläge sind vier eingereicht worden.

**Oberndorf, 8. März. (Hochwasser.)** Infolge Schneeschmelze und anhaltenden Regens führt der Oberndorfer seit Sonntag mittag Hochwasser. In den Niederungen überflutet das Wasser bereits die Fluten. Hoffentlich geht in dem Kampf Winter contra Frühling letzterer bald als Sieger hervor.

**Bondorf, 7. März. (Brandfall.)** Am Sonntag brannte das Anwesen des Christian Kufmaul völlig nieder, wobei die wertvolle Einrichtung und die Borräte der Scheuer ein Raub der Flammen wurden. Der Besitzer soll nur ungenügend versichert sein.

**Amtzell, O.A. Wangen i. A. (Großfeuer.)** Ein gewaltiges Feuer wütete in der Nacht zum Montag im Pfarrdorf Amtzell. Gegen halb 7 Uhr stand das Oekonomiegebäude des Müllers Hutter, ein größerer Kreuzbau, in hellen Flammen. Mit Mühe und Not gelang die Rettung der 30 Stück Vieh und 3 Pferde, während die gesamte Fahrnis ein Raub der Flammen wurde. Die gewaltige Brandbröte war weit in der Umgebung sichtbar.

**Stuttgart, 8. März. (Aus den Parteien.)** Die sozialdemokratische Partei Württembergs hat Samstag und Sonntag hier und im Lande rund 66 Versammlungen abgehalten, die sich alle gegen die Fürstenaufhebung richteten. In Stuttgart sprach Scheidemann im Stadtparksaal über „Fürstentum und Volksbegehren“ und über die gleiche Sache hielt er dann auch in Eßlingen einen Vortrag.

**Zur Trinkgeldfrage.** Da in Stuttgart die Trinkgeldfrage sehr ungleichmäßig geregelt ist, hat der Ausschuß des Stuttgarter Wirtschaftersbundes vorgeschlagen, in allen Hotels und Gastwirtschaften mit mehr als zwei Bedienungen das freie Trinkgeld abzuschaffen. Das Bedienungspersonal rechnet in diesen Betrieben 10 Prozent auf Speisen und Getränke für Bedienung auf. Betrieben unter drei Bedienungen ist es freigestellt, das Bedienungsgeld einzuziehen oder das freie Trinkgeld beizubehalten. Dieser Vorschlag fand eine Mehrheit in der Generaterversammlung. Jetzt soll dann mit den Angestellten verhandelt und im Falle einer Einigung der Antrag gestellt werden, den Tarifvertrag für Stuttgart für verbindlich zu erklären.

**Kraftverkehr für Stuttgart.** In einer Versammlung des Württ. Automobilklubs, Sektion Stuttgart, wurde mitgeteilt, daß die Kraftwagenlinien G.m.b.H. Stuttgart einen regelmäßigen Kraftverkehr einrichten will. Vorgezogen ist der Bau von zwölf modernen einachsigen Wagen mit 25 Sitzplätzen, die auf drei Linien verkehren sollten, nämlich Silberburg—Königsplatz—Cannstatt, Dillmannstraße—Bairtenstraße—Bopfer und Cannstatt—Untertürkheim—Obertürkheim. Im Juni soll eine Versuchslinie Silberburg—Königsplatz—Cannstatt in Betrieb genommen werden. Andere Linien nach dem Wadrischhof und der Solitude sind geplant. Als Tarif ist nach amerikanischem Muster ein Einheitspreis von 25  $\text{M}$  vorgesehen.

**Öffentliche Vorführung von Hypnose verboten.** Das Polizeipräsidium schreibt uns: In den Zeitungen und an den Plakatsäulen werden vielfach Anzeigen erregende Vorführungen auf dem Gebiete der Hypnose und der Suggestion angekündigt, die im Verlauf von öffentlichen Vorträgen stattfinden sollen. Hi-zu ist zu bemerken, daß die Erwartungen, die die Käufer von Eintrittskarten an solche Vorträge knüpfen, nicht in Erfüllung gehen können, da nach den bestehenden Bestimmungen alle öffentlichen Vorführungen auf dem Gebiete der Hypnose und Suggestion verboten sind.

**Marbach a. N., 8. März. (Abschied.)** Im Anschluß an die letzte Bezirksratsitzung verabschiedeten sich die Mitglieder des Bezirksrats, die Amtsführungsbeamten und Mitglieder des hiesigen Gemeinderats im „Ochsen“ zu einer Abschiedsfeier mit dem aus dem Bezirk scheidenden Bezirksratsmitglied, Landtagsabgeordneter H o r n u n g. Von allen Rednern wurde seine verdienstvolle Tätigkeit hervorgehoben und ihm hierfür aufrichtig gedankt. Oberamtmann Grimm sprach für die Amtsführungsbeamten, Stadtschultheiß Studardt namens der Mitglieder des Bezirksrates, Stadtschultheiß Kopp namens der Ortsvorsteher des Bezirkes und der Stadtgemeinde Marbach, Oberamtsgeometer Luz für die Amtsführungsbeamten und Schultheiß Kaulitz für die Mitglieder des Gemeinderats. Die Redner dankten für die ihm gewidmeten Worte mit der Versicherung, auch weiterhin dem Bezirk Marbach die Treue zu bewahren.

**Schorndorf, 8. März. (Konzert der Banatkapelle.)** Der vor einiger Zeit angekündigte Besuch einer schwäbischen Banatkapelle aus dem Banat ist jetzt Wirklichkeit geworden. Die Kapelle ist am Samstag in Schorndorf eingetroffen und dort aufs freundlichste begrüßt worden, in. Auftrag des Deutschen Auslandsinstituts durch Dr. Rüdiger und im Namen der Stadt durch Stadtschultheiß Raible. Die Kapelle ist 26 Mann stark. Das Konzert fand stürmischen Beifall.

**Gmünd, 8. März. (Verbandsrat.)** Samstag und Sonntag fand in Gmünd unter harter Beteiligung der 21. Württ. Malerbundstag statt. Samstag abend wurde ein Festbankett abgehalten. Am Sonntag begrüßte O. Henninger-Stuttgart die Erschienenen, Kruse-Berlin gab ein Referat über die Preisfestsetzung der Regierung. Gemeinderat Wolf-Stuttgart forderte das Landesgewerbeamt und das Arbeitsministerium auf, die Belange des Handwerks nicht anzustößen. Der Versuch einer Steuerbefreiung auf dem Umlageverfahren wurde von Wolf als unzureichend bezeichnet und auf die Handwerker- und Gewerbetrafenliste aufmerksam gemacht. Als nächster Ort für den Bundestag wurde Tullingen bestimmt.

**Murr O.A. Marbach, 8. März. (Ertrunken.)** Zwei kleine Knaben im Alter von 4—5 Jahren machten sich am Ufer der Murr zu schaffen. Sie liegen in einem dort angelegten Kahn und wollten sich von einer überhängenden Weide Gerten abbrechen. Der eine davon, dessen Eltern in Großbottwar anwesend sind und der vorübergehend bei seinen Großeltern hier weilte, beim das Ubergewicht und stürzte ins Wasser. Erst am anderen Morgen wurde die Leiche nicht weit von der Unfallstelle gefunden.

**Hullingen, 8. März. (Erdrück.)** Am Freitag abend geriet der 26 Jahre alte verheiratete Aushilfsweidenwärtter Wilhelm Kaufner von Unterhausen zwischen zwei Buffer beim Rangieren und war sofort tot.

**Margrethausen, O.A. Balingen, 8. März. (Töblicher Sturz.)** Polizei- und Amtsdienster Jaf. Schärer ist im Alter von 63 Jahren infolge Sturzes aus der Oberlenne, bei dem er schwere innere Verletzungen erlitt, gestorben.

**Maubereun, 8. März. (Töblicher Sturz.)** Der in der Spohnischen Fabrik beschäftigte Gipser Friedrich Kuhn von Seihen stürzte von einem 4 Meter hohen Gerüst und lag dabei am Kopf schwere Verletzungen zu, an deren Folgen er gestorben ist.

**Heilbronn, 8. März. (Im Tode verjährt.)** Samstag vor-mittag fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die Beerdigung des ermordeten Walter Landmann statt. Delan Eitel hielt die Gedankrede. Es wurden verschiedene Redner niedergelegt. Einfachster war die Beerdigung für den Mörder Landmanns, Georg Maier, der in langjähriger Kriegsgefangenschaft die Nerven verlor und die Tat in krankhafter Einbildung begangen hat. Delan Eitel betonte in der Trauerrede, daß nur ein kranker Mensch eine solche Tat verüben könne. Der Täter und sein Opfer ruhen nun nebeneinander. Sie sind im Tode verjährt, nachdem sie sich im Leben nicht verstanden haben.

**Riedlingen, 8. März. (Drei Unfälle innerhalb 24 Stunden.)** Beim Umbau des hiesigen Elektrizitätswerkes verbrannte sich ein Arbeiter infolge Sengin-Explosion das Gesicht schrecklich, vielleicht lebensgefährlich. Einige Stunden später verlor ein 14jähriger Knabe an der Rotor-Holzägemaschine drei Finger der linken Hand, und am Abend brach der Schienenstrang am Elektrizitätswerkhaus; ein Riesfarn stürzte in die Tiefe, wo Arbeiter betonierten, vier Arbeiter wurden schwer verletzt.





### Frühjahrstagung der Demokraten

Kottweil, 8. März. Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Land hielt die Deutsche demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns am Sonntag hier ihre Frühjahrsversammlung ab. Schon bei der Landesversammlung am Vormittag, die unter dem Vorsitz des Abg. Scheel stattfand, waren die Säle im Lammstall überfüllt, als der Vertreter des Bezirks, Abg. Dr. K. A. u. t. b. e., über die Landespolitik und wirtschaftliche Fragen berichtete. Die inhaltreiche, vom Drang zu sachlichem Zusammenarbeiten aller schaffenden Kräfte getragene Rede schloß mit einem Ausblick auf die Zukunft, der in seiner zuversichtlichen Färbung — unter der Voraussetzung, daß die geplanten und verlangten Maßnahmen die Stodung im Wirtschaftsleben beseitigen — gerade aus dem Mund eines Wirtschaftsführers von besonderer Bedeutung war, und mit einem warmem Bekenntnis zum nationalen und demokratischen Gedanken. Die Erörterung drehte sich neben den vom Referenten angeschnittenen Fragen vor allem um die Aufhebung des Oberamts Weinsberg und um die Bürgerabfindung, zwei Fragen, in denen sich völlige Einbeiligkeit der Auffassung ergab.

Die öffentliche Versammlung im Saal der Liedertafel wies ebenfalls einen überaus starken Besuch aus Stadt und Bezirk auf. Nachdem der Vorsitzende, Bauer, die Versammlung begrüßt und Abg. Scheel namens der Parteileitung der Ortspartei für die geleistete Arbeit gedankt hatte, trat Minister a. D. Dr. Dietrich, M. d. R., der zugleich als Vorsitzender der badischen D. D. P. der Tagung anwohnte, das Wort zu einer glänzenden Rede über Reichspolitik und besonders über die Bürgerabfindung. Er führte u. a. aus: Zwei große Probleme bedingen unsere Finanzen, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die Zusammenbau unserer Finanzen mit der Reparation. Das erste Problem ist in Neuregelung begriffen. Es handelt sich nur darum, daß das Gesetz auch richtig und konsequent durchgeführt wird. Bei der Frage der Reparationen entwickelte der Redner zunächst das verwickelte System der deutschen Zahlungen. Die Hoffnungen mancher Wirtschaftskreise auf ein „Inflationöden“ ist gefährlich und wird sich keineswegs verwirklichen. Der Goldbestand der Reichsbank ist so groß wie vor dem Kriege, nur 40 Millionen fehlen, entsprechend dem verringerten Umfang des Reichs, und die deutschen Noten sind besser gedeckt als vor dem Kriege. Auch die Wirtschaft ist nicht ganz so schlecht, wie man oft denkt; die Steinkohlenproduktion ist z. B. von 1924 auf 1925 um 14 Millionen Tonnen oder 230 bis 250 Millionen Mark gestiegen; dabei wird die Kohle nicht nur mehr exportiert, sondern auch besser ausgenutzt; in der Elektrizitätsversorgung sind wir fast allen anderen Ländern voran. Die Einfuhr ist von 1924 auf 1925 um rund 4 Milliarden, die Ausfuhr um 2,2 Milliarden gewachsen, dabei ist die Befähigung, als bei der Steigerung der Einfuhr überaus bedenklich, nicht begründet. Denn in der Einfuhrüberschuss kommen ja auch die ausländischen Kredite mit zum Ausdruck; tatsächlich ist die Steigerung der Ausfuhr so, daß sie zu guten Hoffnungen berechtigt. Auch die Kapitalbildung ist in starkem Fortschritt begriffen. Das soll man ruhig anerkennen und nicht immer klammern, sonst nimmt man den Mut zum Fortschritt. Die größte Sorge ist ausser die Not der Landwirtschaft, die vielfach das Ausmaß des katastrophalen angenommen hat, besonders die Not der Winzer und der Koggenbauer. Man muß einen Weg für sie finden. Denn mit der Entwicklung unserer Gesamtleistungsfähigkeit hängt unsere Stellung in der Weltpolitik aufs engste zusammen. Im Gegensatz zu dem süden energetischen Aufbau in Deutschland haben die Franzosen in ihrer Siegesverlebung ihre Wirtschaft zu vernachlässigt, daß sie jetzt — trotz des Vorteils ihres Eisenmonopols und ihrer Ausfuhrbegünstigung durch die französische Safata aus uns Wanken gekommen ist. Sie müssen versuchen, ihre Finanzen selbst in Ordnung zu bringen. Das ist nur möglich auf zwei Wegen: Detachierung des Inwendigen für die Staatsanleihen und Einschränkung der militärischen Ausgaben. Das erste würde eine Schlechterstellung der französischen Staatsbürger nach unter die deutsche Aufwertung bedeuten. Das zweite die Gefahr auf die europäische Nachstellung. Und dann wird der Zustand eintreten, daß weder der Leistungsfähige, der wirtschaftlich tüchtig an die Seite kommt. Darum sind wir nach Locarno gegangen, weil wir alle in Europa in derselben Lage sind. Locarno liegt auf der geraden Linie der deutschdemokratischen Politik. Auch die Rente, die man jetzt für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund spürt, können unseren Feinden nichts mehr helfen: Deutschland ist wieder zu einem entscheidenden Faktor der europäischen Politik geworden. Wenn die deutsche Regierung in Genf stark und willenskräftig bleibt, werden wir die Intrigen der Franzosen zerstreuen! Zur Bürgerabfindung hat feinerseits die D. D. P. die Initiative ergriffen. Nicht wegen des preussischen Falles. Schließlich haben doch die Hohenzollern eine große Geschichte gehabt und haben Preußen geschaffen. Ihnen konnte man ruhig eine ansehnliche Abfindung zugestehen; Preußen wäre dann nicht zugrunde gegangen. Das Gravierende waren die thüringischen Häfken, die trotz höchst geringer Leistungen sich angeschlossen, den thüringischen Staat labakutreffen, wie die Wälfäfer einen Baum. Die ganze Frage muß jetzt gelöst werden, nachdem der Radikalismus vor sieben Jahren nicht dazu imstand gewesen war. Das Kompromiß im wesentlichen eine Arbeit der D. D. P., hat nun nach den neuen Verhandlungen zu einer Einigung der Regierungsparteien geführt. Danach steht an der Spitze des neu einzulegenden Gerichtshofs der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, der vollstes Vertrauen verdient und dessen Vorstehern alle alle Sitzungen gewährt ist. Will man auf den Boden dieses Kompromisses treten? Wenn nicht, dann wird das Volksbegehren in Kraft treten. Dringt es durch, dann muß sich der Reichstag mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf befassen. Nimmt er ihn nicht ohne Änderung an, dann folgt die Volksabfindung. Diese wird das Zentrum nicht machen, ebensowenig die Deutsche Volkspartei. Dann aber kommt er zu Fall und mit einer brauchbaren Regelung ist es endlich vorüber. Die Deutschdemokratische Partei hat nach schweren Bedenken der anderen Koalitionsparteien die Angelegenheit auf den Weg des Kompromisses gedrängt und ist mit ihrem Fortschreiten durchgedrungen. Das ist ein großer Fortschritt. Wenn daher die Partei des Kompromisses gemacht hat, dürfen wir diese Politik nicht verlassen durch Weichen am Volksbegehren. Sonst haben wir die Staatskrise und dazu noch in einem äußerst gefährlichen Moment. (Lebhafte Zustimmung.) Man sollte schließlich gelernt haben, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand kann. (Zustimmung.) Stürmischer Beifall lobte den Redner. Nach ihm sprach

Staatspräsident a. D. Dr. Hieber über Kulturpolitik. Er lebte in einer tiefstehenden Kulturkrise. Es fehlt unserer Kultur ihre treibenden Kräfte in eine einbeilliche Zeeulammenauflösung. *(Lauter Beifall, nationalisierter Kul-*

tur müssen wieder seelische, ewige Werte eingeführt werden. Das ist die allgemeine Ueberzeugung. Aber sobald man an die Verwirklichung des Gedankens gehen will, beginnt der Kampf der Parteien, Weltanschauungen und Konfessionen, daher kein Wunder, wenn immer wieder verlangt wird, der Staat solle überhaupt die Hand von diesem ganzen Gebiet lassen. Die staatliche Kulturpolitik hat bestimmte Voraussetzungen: Staat und Volk müssen eins sein. Diesen Zustand haben wir noch nicht erreicht. Wenn der Jugend die Achtung vor dem Staat erschwert, la verleiht wird, fehlt die Erziehung zu diesem Einssein. Die Glaubenspolitik, dieses traagliche Schicksal des deutschen Volkes, fordert unbedingt gegenseitige Duldung der anderen Ueberzeugung als die zweite Voraussetzung. Ob aber unter heutigen Verhältnissen ein brauchbares Schulgesetz ausformulieren kann, ist imhin fraglich. Die an sich richtige, aber sehr starke Betonung der Freiheit der Eltern kann bei der Zersplitterung besonders auf protestantischer Seite ein wildes Chaos auf dem Schulgebiet herbeiführen, wenn nicht für eine gewisse Einbeiligkeit des Schulwesens gesorgt wird. Der Redner verlangte die „mittlere Reife“ auch für die Volksschule, weil sonst eine ungeheure, überaus gefährliche Ueberfüllung der höheren Schulen eintritt, die nun ein „gebildetes“ oder halbgebildetes Proletariat erzeugt. Die Ausführungen über das Verhältnis von Staat und Kirche, die bei voller Anerkennung des Rechts der Kirche und ihres Wertes für Staat und Volkstum in der Forderung abstellen, daß die staatlichen Belange unter allen Umständen gewahrt werden müssen, fanden lebhafteste Zustimmung. Kurz besprach dann der Redner noch die dem Landtag vorgelegten neuen Gesetzentwürfe zur Staatsverwaltung und zur Aufstellung des Oberamts Weinsberg, und schloß unter förmlichem Beifall mit dem Bekenntnis: Nicht „Majestätsbeleidigung“ will die Demokratie, sondern Erziehung der Bürger zu gleichberechtigter Mitarbeit und Mitverantwortung. Die Entfaltung der freien Persönlichkeit des einzelnen ist die Grundlage und die Kraft jedes modernen Staates, der ein gleichberechtigtes Ritual in der Völkergemeinschaft sein will.“

### Die Geschichte einer Ehe

mit dem Titel „Lies Rainer“ von der beliebten Schriftstellerin Leontine v. Winterfeld beginnt u. wir in der morgigen Ausgabe unseres Blatt's, worauf wir unsere verehrten Lesertinnen und Leser besonders aufmerksam machen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Kottweil, 7. März. Der schon mehrfach vorbestrafte Händler Jakob Raser von Fluorn, Ob. Oberndorf, wurde von der hiesigen Strafkammer erneut wegen Betrugs i. N. zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.

### Zwei Monate Gefängnis für einen Landesschulrat.

Berlin, 9. März. Der „Vorwärts“ meldet aus Braunschweig: In dem Prozeß gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Landesschulrat Dr. Stögel wurde der Angeklagte zu zwei Monaten Gefängnis und zur Aberkennung der Tätigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von 2 Jahren verurteilt. In der zweimaligen Benützung des amtlichen Telefons zu Privatgesprächen erlitt das Gericht Betrug und in der Entnahme einiger Probefahrbücher auf dem Landesamt Unterzählung.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Schuldigen am Explosionsunglück in Prag. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Prag berichtet, wurden 3 Offiziere, die für den Munitionstransport, bei dem sich die Explosion ereignete, verantwortlich gemacht werden, verhaftet. Meßener Bürgerkriegsverurteilung. Das meßener Bürgerkriegsverurteilung Staatsministerium hat, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, die im November 1925 wegen Gemeinlands zum Tode verurteilten Leutnant Schüler und die Feldwebel Piezka, Kaska, Wehen, Boldt und Peters begnadigt und die Todesstrafe in Zuchthausstrafe umgewandelt.

Julius und Henry Barma erneut verhaftet. Den Vätern zufolge schöpfe die zuständige Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen Verdacht, daß die Brüder Julius und Henry Barma vor der Verhandlung ins Ausland fliehen wollten. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters sind darum die beiden Barma's von der Berliner Kriminalpolizei erneut verhaftet worden.

Die Türkei lehnt die Teilnahme an der Völkerbundtagung ab. Die Türkei hat die Einladung des Völkerbundes, einen Vertreter zu den Genfer Verhandlungen zu entsenden, um an der Besprechung der Traktatfrage teilzunehmen zu können, abgelehnt, mit der Begründung, sie habe die Einladung zu spät bekommen, und ihre Ansicht sei dieselbe geblieben wie früher.

Der Führer der spanischen Fremdenlegion gefallen. Oberst Alrag, der Gründer und Führer der spanischen Fremdenlegion, der bei einer Offensive vor Tetuan schwer verwundet wurde, ist gestorben.

Hindenburg an General Booth. Der Reichspräsident hat dem General der Heilsarmee, Booth, in London zu seinem 70. Geburtstag eine Glückwunschschreiben gehen lassen.

4 Personen bei einem Haberbrand ums Leben gekommen. In dem Großfeuer in der Riegerischen Pappfabrik in Trostberg (Oberbayern) ist noch zu berichten: Das Feuer verbreitete sich mit großer Schnelligkeit und hat das ganze Trochereigebäude erfaßt und fand in den dort eingelagerten 2000 Zentner Pappe reiche Nahrung. Insgesamt fielen dem Brande vier Menschen zum Opfer. Aus den Trümmern konnte bisher nur die vollständig verkohlte Leiche einer Frau verborgen werden.

Mussolini geht nicht nach Genf. Von zuständiger italienischer Seite wird bestimmt versichert, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini nicht die Absicht hat, sich zu den Völkerbundarbeiten nach Genf zu begeben.

Der Reichsernährungsminister wieder im Amt. Der Reichsernährungsminister Dr. Haslinger ist von seinem Krankheitsurlaub zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

### Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Desfontenurle vom 1. und 8. März

	Gold	Silber	Gold	Silber
London (1 Pfund Sterl.)	20,278	20,130	20,282	20,134
Pariser (1 Franc)	4,196	4,284	4,195	4,285
Konstantinopel (100 Gulden)	168,21	168,60	168,27	168,67
Brüssel (100 Francs)	19,06	19,09	19,058	19,076
Wien (100 Schilling)	80,88	81,05	80,84	81,01
Bombay (100 Rupee)	10,565	10,595	10,566	10,596
Batavia (100 Piase)	16,84	16,88	16,82	16,87
Rangoon (100 Rupee)	108,76	109,04	108,80	109,11
Cebu (100 Piase)	80,58	80,75	80,54	80,71
Manila (100 Piase)	85,18	85,20	85,08	85,10
Singapur (100 Piase)	12,438	12,496	12,418	12,476
Schweden (100 Kronen)	80,74	80,94	80,745	80,945
Spanien (100 Piase)	80,12	80,25	80,08	80,21
Stockholm (100 Kronen)	122,48	122,71	122,48	122,70
Oslo (100 Schilling)	50,13	50,37	50,11	50,35

### Börsen

Staatsanleihe Börsen vom 8. März. Die Woche begann bei guter Stimmung in lechter Haltung. Bevorzugt waren Staatsanleihen, in denen es zu lebhafter Umsatztätigkeit kam, während sonst der Verkehr ziemlich ruhig verlief.

Berliner Börse vom 8. März. Die in Genf bei der Völkerbundtagung eingetretene Besorgung kam der Börse recht unangenehm, konnte aber die letzte Beranlagung nicht wesentlich beeinträchtigen. Im der Hauptsache stützte sich viele auf die am Weltmarkt einsetzende Dürftigkeit und einige vereinzelte Auslandsaufträge. Die Kursbildung war nicht einbeillich. Es überwiegen jedoch die Besorgungen. Am Rentenmarkt erhielt sich für die Vorkriegsanleihen der Staat das bisherige Interesse. Man konnte keine Prämienkäufe namentlich in Kriegsanleihe bemerken. Vorkriegsanleihenhandelsverkehr war aus Rücksichtnahme bis zu 10 J. abgelehnt. Tagesgeld 5-6%. Staatsanleihe 6-7% Prozent. Am Rentenmarkt war Oslo um 34 Pfennig höher, Paris um 18 Pfennig niedriger.

Berliner Produktienbörsen vom 8. März. Deutscher Markt. 349-358 Roggen märz. 145-150; som. 145-151; Sommererbs 161-162; Wintererbs 159-160; Weizenmärz 82,25-82,75; Roggenmärz 81,25-81,75; Weizenherbst 10; Roggenherbst 5,80-6; Strohgerste 26-27; K. Sootherböden 25-26; Wintererbs 19-21; Tendenz: ruhig.

### Getreide

Staatsanleihe Landesobligationsbörsen vom 8. März. Der Getreidemarkt verlief in ruhiger Haltung. Die Forderungen für Auslandsböden sind etwas billiger. Wir notieren per 100 kg. gesunde, trockene Ware ab märz. Erbsen: Auslandsböden 30,50-32,50; Weizen, märz. 11 bis 12,25; Sommererbs 17-20; Roggen, märz. 17-17,5; Gete 19-19,5; Weizenherbst 11,0 mit Zulag von Auslandsgetreide 41-43; Weizenherbst mit Zulag von Auslandsgetreide 11-12; Weizen 9-9,25; Weizenherbst märz. 9-9,5; Weizen 6,5-7,5; Weizenherbst 4-4,5.

Mannheimer Produktienbörsen vom 8. März. An der letzten Börsen entwickelte sich ruhiger Verkehr. Inlandsböden ziemlich unangenehm, besonders pflanzliche Böden 26,5-27, mitteldeutsche 27,00-27,75. Inlandsböden pflanzliche 17, Auslandsböden amerikanischer 21. Brauereierbs 24-24,50, rheinländische 28-28, Ostererbs 16,5-17,20. Gete holländisch-württembergischer 18,50, Soother 26, Weizenmärz 82,25 bis 82,75; Weizenherbst 18,50; der Weizenherbst ist sehr ruhig; Weizenherbst 18,50; Roggenmärz 18,50, 20,50-21, Weizenherbst 26-27; Weizenherbst 9, Roggenherbst 8,00; Weizenherbst 12 J.

### Märkte

Landwirtschaftlicher Markt vom 8. März. Obdöber, Straßburg und Landwirte hatten sehr reiche Herde angeführt. Beschäftigt wurden die Rufe Heiligerherde 2000-2800, für mittlere alte Herde 1000-1700, für leichte Kriegerherde 800-1200, für Strohherde 1000-2000 und für ältere Herde 600-900 Pf. Auch die mit dem Viehmarkt verbundene Aufstellung war lebhaft besucht.

Mannheimer Viehmarkt vom 8. März. Zufuhren: 200 Ochsen, 20 Bullen, 600 Rinder, 60 Schafe, 2029 Schweine, 118 Arbeitsherde, 65 Schlachtkühe, Weisse: Ochsen 20-22; Bullen 30-40; Rinder 12-14; Rinder 36-40; Schafe 26-40; Schweine 70-84; Arbeitsherde 700-1000, Schlachtkühe 50-140 J. per Stück. Rindfleisch: 200 Grobvieh mittelmächtig, langsam geräut, mit Rindern lebhaft ausverkauft, mit Schweinen mittelmächtig, geräut, außerordentlich Tiere über Reiz, mit Arbeitsherden ruhig, mit Schlachtkühen mittelmächtig ausverkauft.

Schweinepreise. Salingen: Weizenfleisch 40-46 J. — Erbsenfleisch: Käufer 60-65, Weizenfleisch 35-40 J. — Göttingen: Weizenfleisch 37-38, Käufer 45-50 J. — Göttingen a. H.: Weizenfleisch 37-42, Käufer 45-50 J. — Oll: Weizenfleisch 35-40, Käufer 40 J. — Oll: Weizenfleisch 37-42, Käufer 40 J. — Hildesheim: Weizenfleisch 35-40, Käufer 40 J. — Hildesheim: Weizenfleisch 35-40, Käufer 40 J. — Oll: Weizenfleisch 37-42, Käufer 40 J. — Oll: Weizenfleisch 37-42, Käufer 40 J.

### Geld

Geldmarkt. Das Pariser Dotationen erlöste beim letzten Stammbuchverkauf bei einem Kupon von 18 3/4 J. 10 650 J. gleich 125,5 Prozent. Alles dies wurde eingeschlossen. — Beim letzten hiesigen Fremdbuchverkauf in Oberndorf wurden erlöst für 1 Haummeter büchene Scherle 640 zu 25 J., für 2 Haummeter 47,50-50 J., für 3 Haummeter 70-80 J. und für 2 Haummeter lannere Scherle 640 zu 40 J. Der Aufschlag für 1 Haummeter Buchscherle betrug 20 J.

### Wirtschaft

Die 30 Millionen Hypothekendarlehen. Die Schenkung. Das unter Führung der Freiw. Staatsbank (Erschließung) lebende Bankensystem, dem bekanntlich auch die württ. Staatsbank angehört, und das, wie vor einigen Tagen bereits gemeldet, 30 Millionen Mark Hypothekendarlehen württ. Staatsbankdarlehen übernommen hat, beabsichtigt, den nach vorhandenen Bestand, der nicht bereits im Ausland platziert wurde, anfangs nächster Woche freihändig am Markt zu stellen. Der Preis für das Publikum wird voraussichtlich 97 Prozent betragen.

Die Bildl. Sparkasse und Girokasse Stuttgart 1925. Die beiden hiesigen Banken weisen einen Reingewinn für 1925 in Höhe von 604 800 J. aus, von dem auf die Sparkasse 375 800, auf die Girokasse 229 000 J. entfallen. Der Einlagen im Stroverkehr sind um 2,0 auf 38,4 Millionen Mark, die Fremdenkassen um 584 auf 15 648 erhöht. Der Gesamtbesitz der Spar- und Girokassen hat über 90 Prozent der Vorkriegsbeträge erreicht.

Wiederverwertung der Vorkriegsbesitzungen in Württemberg. Im Dezember 1925 sind die Preise für Butter und Käse in Württemberg laut Mitteilung des Württ. Statistischen Landesamts stark zurückgegangen. Im Januar letzte ist der Preis für Butter wieder höher. Am 27. Januar erfolgte eine Wiederverwertungsbewegung und die letzten Wochen haben eine erneute Erhöhung gebracht. Doch bleibt der letzte Wiederverwertungsbereich hinter dem Stand im November zurück (immer noch erheblich unter dem Stand im November). Die Preise für Butter sind 1,25 Prozent, während die damaligen Preise für Butter 1,00 J. am 17. Februar 1,07 J., an der Rezipienten Börse 1,00 J. am 17. Februar, 1,25 J. im Februar, Weizen 41-45 im November, 40-45 im Februar, Weizen 100-120 im November, 100-120 im Februar. Der Rückgang der Erzeugnisse hat sich auch in den Wiederverwertungsbereichen ausgebreitet. Vergleiche man die letzten Wiederverwertungsbereiche mit den Vorkriegspreisen (im Februar 1914 in Stuttgart 1 Liter Weizen 23-24, 1 Pfund Schokolade 1,48, Schokolade 1,10, Hamburger Käse 12 J.). So ergibt sich folgende Erhöhung: Weizen 45,8 Prozent, Butter 58,8 Prozent, Schokolade 21,8 Prozent, Hamburger Käse 58,8 Prozent.

### Konturze.

Hans Wagner, Inh. eines Schauhäufes in Röttingen.  
Gustav Berner, Weiz- und Holzwarengeschäft in Stuttgart.  
Richard Gehrod, Landwirt und Postagent in Einbeilfingen.  
Pauline Schay, verwitw. Drang, Cigarrengeschäft in Jena.  
Karl Wucher, Möbelhaus in Ravensburg.  
Marie Jubler, Schuhgeschäft in Mengen.



### Beste Nachrichten.

#### Völkerbundsversammlung.

Genf, 8. März. Die Völkerbundsversammlung wählte den englischen Außenminister Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeartrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Subgetauschusses, dem die Festlegung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen. Chamberlain und Loucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung. Außerdem wurden folgende sechs Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja (Italien), Ishii (Japan), Alcen (Neuseeland), Caballero (Patagonien), Titulesco (Rumänien) und Morales (San Domingo). Die beiden Ausschüsse nehmen am Dienstag nachmittag 4.30 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf.

Paris, 8. März. Ueber die Geheimverhandlungen, die der Völkerbundsrat heute nach der offiziellen Sitzung geführt hat, berichtet der Havasvertreter in Genf, man habe sich mit dem Verfahren, das für die Zulassung Deutschlands einzuschlagen sei, beschäftigt. Paul Boncour habe als französischer Delegierter gefordert, daß die bisher üblichen Gebräuche und Regeln mit Bezug auf Deutschland ebenso beobachtet würden, wie für die anderen Staaten. Der Völkerbundsrat habe insbesondere geprüft, welche Rolle der militärische und der Marineaus-

schuß haben würde, die sich nach dem gewöhnlichen Verfahren über die Rüstungen in den Ländern, die ihre Zulassung beantragten, aussprechen müßten. Besonders infolge der Einwendung Paul Boncourts sei beschlossen worden, daß den Sonderbestimmungen betreffend die Entwaffnung Deutschlands Rechnung getragen werde und daß die Rolle des militärischen und des maritimen Ausschusses sich darauf beschränken müsse, von den früheren Entscheidungen der Botschafterkonferenz Kenntnis zu nehmen. Nach dieser Richtung sei also keine Schwierigkeit zu erwarten.

#### London und die Genfer Tagung.

London, 8. März. Der allgemeine Eindruck in maßgebenden Londoner Kreisen ist der, daß kein Grund besteht, pessimistisch zu sein. Blättermeldungen zufolge erhielt die Regierung den ersten Bericht Chamberlains. Darnach ist man in Genf keineswegs auf den toten Punkt gelangt. Keuter meldet aus Genf, Polen scheine vorläufig aus dem Rennen ausgeschieden zu sein. Bezüglich Spaniens und Brasiliens sei man der Ansicht, daß sie vielleicht nachgeben würden, um den Eintritt Deutschlands zu erleichtern. Beide Länder würden vielleicht darauf bestehen, daß die Frage einer Erweiterung des Rats in der augenblicklichen Tagung des Rats und in der Versammlung erörtert und nicht bis zum September verschoben werde. In einigen Kreisen werde zwar der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß Spanien und Brasilien, wenn ihre Bestrebungen erfolglos bleiben sollten, vielleicht gegen Deutschland stimmen könnten. Aber in verantwortlichen Kreisen werde dies für ausgeschlossen gehalten. Bei den Delegierten der Dominos herrsche keine besondere Be-

geisterung für eine Erweiterung des Völkerbundsrats. Man sei jedoch der Ansicht, daß eine Regelung der Frage erzielt werde.

#### Masseneinbrüche in Landrats- und Finanzämtern.

Berlin, 9. März. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, ist nach einer Mitteilung der Kriminalpolizei anscheinend von derselben Bande in 18 Landrats-, Finanz- und Gemeinbedämtern des Rheinlands in letzter Zeit eingebrochen worden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

#### Die Zeppelin-Ekener-Spende.

Berlin, 8. März. Von den insgesamt erforderlichen rund vier Millionen Mark sind bereits 2.300.000 Mark durch das bisherige Ergebnis der Sammlungen gesichert. Die Sammlung wird mit aller Energie fortgesetzt. Es wurde beschlossen, der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. in Friedrichshafen, die bereits mit dem Bau des Luftschiffes begonnen hat, 500.000 Mark als erste Baurate zu überweisen.

#### Erwerbslosendemonstrationen in Darmstadt.

Darmstadt, 8. März. Heute vormittag demonstrierten mehrere Tausend Arbeitslose in der Rheinstraße, um für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen Propaganda zu machen. Einige Ruhestörer wurden festgenommen.

#### Spanische Erfolge in Marokko.

Madrid, 8. März. Nach dem offiziellen spanischen Communiqué haben gestern spanische Truppen Bu Settung besetzt, von wo aus die Geschütze der Riffleute Tetuan bombardiert haben. Es kam zu einem lebhaften Kampf, in dem die Spanier 6 Europäer und 20 Eingeborene verloren.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kautz

#### Heberberg.



## Nadelstamm- holz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 11. März 1926 vormittags 10 Uhr verkauft die Gemeinde im öffentlichen Aufstreich auf dem Rathaus aus Gemeindevaldungen Langenhau und Eßhan

ca. 180 Festm. Forchen und Tannenlangholz in 4 Losen

Ferner kommen noch zum Verkauf:

Bauftangen I. Klasse	b. 183 Stück
„ II. „	89 „
„ III. „	17 „
Hagftangen I. Klasse	61 Stück
„ II. „	1286 „
„ III. „	86 „

Liebhaber sind eingeladen

Gemeinderat.

#### Die Gemeinde Gaugenwald

verkauft am Freitag, den 12. ds. Mts., Nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Rathaus

36 Festm. Tannen- und 43 Festm. Forchenlangholz II.—VI. Klasse.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

#### Spielberg.

### Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres I. Sohnes und Bruders

**Herrn Georg Zahn**

erfahren hatten, für den er sich an den Vorsitzenden des Jungfrauenvereins, die tröstenden Worte des Herrn Pfarrers, die Kranzniederlegung von Seiten der Schulkameraden und des Radsportvereins und die Begleitung zur letzten Ruhestätte von Nah und Fern, sagen herzl. Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

#### Jorkami Pfalzgrafenweiler.

### Ag- und Brenn- holzverkauf.

Am Montag, den 15. März Nachmittags 1 Uhr in Pfalzgrafenweiler im „Schwanen“ aus Staatswald. Rothbuchen Rm: 10 Röll. 2 m lang, 90 Schtr., 9 Pogl., 92 Klobh., 160 Anbr.; Nadelh. Rm.: 4 Anbr. Spält., 37 Anbr. Schtr. und 849 Anbr. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

#### Altensteig.

### Wasserglas

zum Eiereinmachen empfohlen

Johs. Kaltenbach.

Komme von Mittwoch ab wieder regelmäßig jeden Wochenmarkt nach Altensteig vor Herrn Chr. Burghard Laden mit freiem

### Gemüse, Obst und Eier.

Auch nehme ich auf bevorstehende Konfirmation Bestellungen auf Gemüse und Kopfsalat am Mittwoch entgegen.

Frau Reck,  
aus Nagold.

9.—14. März, abends 8 Uhr

### Bibelfurs

im Gemeindehaus Altensteig von Inspektor Luz, Stuttgart

### Predigtbücher

sind zu haben in der W. Rieker'schen Buchhandlung.

### Mädchen

für Kind und Haushalt findet Anfangstellung bei Otto Luz, Gerberei, Altensteig.

#### Jüngeres

### Mädchen

mit guten Kochkenntnissen sucht Stellung in Altensteig. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

*Flammur  
Tiefen, Tiefen, silber  
wonne, Glückseligkeit  
Liedergänge,  
Tanzmusik  
die Götterwelt!*

#### Gestorbene.

Bradenheim: Oberrechnungs- rat Schmidt, Oberamts- pfleger, 62 J.

#### Grümbach.

Den verehrl. Schweinezüchtern von hier und Umgebung zur Mitteilung, daß ich ab heute einen erstklassigen, weißen Hannoveraner



## Zuchteber

halte.

Christian Watz.

Wenn Sie auf

### Konfirmation und Ostern

ein lebhafteres Geschäft wünschen, so inserieren Sie in der Schwarzwälder Tageszeitg. Aus den Tannen

#### Nichelberg.

### Ein Paar Zug-Ochsen junge



verkauft

Georg Hefelschwerdt.

### Gesangbücher für Konfirmanden

empfiehlt in reicher Auswahl

die

W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig.

